

19. November 2011

«Haushaltsdisziplin, aber auch Wachstum» !

Erklärung des European Steering Committees des Think Tanks „Notre Europe“

Die Schuldenkrise, die die meisten westlichen Länder erschüttert, stellt die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedsstaaten vor ein gefährliches Dilemma: Einerseits müssen sie Haushaltsanpassungen und strukturelle Reformen antreiben, andererseits müssen sie die Aussichten auf ein Wirtschaftswachstum erhalten, um den Bürgerinnen und Bürgern einen Zukunftshorizont zu öffnen.

«Den Staaten die Haushaltsdisziplin, Europa das Wachstum»: Diese Formel von Tommaso Padoa-Schioppa¹ verschleiert nicht die Notwendigkeit ein solches Dilemma auf nationaler Ebene durch tief greifende Reformen zu bekämpfen, die als Ziele die Reduzierung der Ungleichheiten und die Förderung eines nachhaltigen Wachstums beinhalten. Sie unterstreicht jedoch den Mehrwert der auf EU-Ebene zu ergreifenden Maßnahmen, denen aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen eine absolute Priorität zukommt.

Selbstverständlich müssen die Regeln des Stabilitätspakts respektiert werden, heute ebenso wie früher, allein schon aus Rücksicht auf zukünftige Generationen und um die Souveränitätsausübung nicht privaten Gläubigern zu überlassen. Doch die EU ist mehr als nur eine Staatengemeinschaft, die aufgrund rechtlicher oder politischer Sachzwänge dazu gezwungen ist, Haushaltsdefizite zu untersagen. Sie muss auch, ergänzend zu der wichtigen Rolle eines jeden Mitgliedsstaates, zur Meisterung einer doppelten Herausforderung beitragen: Die der Arbeitslosigkeit, die auf EU-Ebene die 10 %-Marke überschritten hat, und die der allgemein sinkenden Wirtschaftskonjunktur. Die EU muss – auch über den Euroraum herausgehend – als Wachstumsquelle wahrgenommen werden: Sie ist am besten als Akteur in diesem Bereich gewappnet, insbesondere im Hinblick auf die bedeutenden Entscheidungen, die sie im Jahr 2012 treffen muss.

20 Jahre nach dem Meilenstein «1992» muss die EU ihre Bemühungen zur Vertiefung des Binnenmarktes vollenden, um das noch teilweise brachliegende Wachstums- und Beschäftigungspotenzial besser auszuschöpfen. Wie von Mario Monti in seinem Bericht aus dem Jahr 2010 betont wurde, gibt es noch viel zu tun, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, der digitalen Wirtschaft und bei öffentlichen Auftragsvergaben. Es ist durchaus möglich, die Ziele mittels einer ausgewogenen Vorgehensweise umzusetzen, die sozialen Aspekten und dem Umweltschutz den ihnen gebührenden Platz einräumt. In ihrer Binnenmarkakte schätzt die Kommission, dass in den nächsten 10 Jahren ein potenzieller Wachstumszuwachs von mindestens 4% des BIP erzielt

¹ Ehemaliger italienischer Wirtschaftsminister, ehemaliges Vorstandsmitglied der Europäischen Zentralbank, Vorsitzender des Think Tanks „Notre Europe“ von Juni 2005 bis zu seinem Tod am 18. Dezember 2010.

werden kann. Sie schlug kürzlich vor das Tempo zu beschleunigen: Es ist die Aufgabe der Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlamentes, sich dieser Herausforderung anzunehmen.

Die EU sollte diesbezüglich auch die bevorstehende Verabschiedung ihres neuen mehrjährigen Finanzrahmens nutzen, der zwar in der in erster Linie ein Instrument der Solidarität darstellt, aber gleichzeitig als Konjunkturinstrument wirkt. Der EU-Haushalt muss daher einen höheren Beitrag zum Ausbau europäischer Forschungsprogramme leisten, gleichzeitig aber auch verstärkt die Vertiefung des Binnenmarktes begleiten, insbesondere durch die Finanzierung von dem europäischen Gemeinwohl dienenden Infrastrukturprojekten in den Bereichen Transport, Energie und Kommunikation. Diesbezüglich ist es entscheidend, dass der von der Kommission für den Zeitraum 2014-2020 vorgeschlagene Betrag von 50 Milliarden Euro im Jahr 2012 genehmigt und anschließend in einer Partnerschaft mit privaten Finanzierungsträgern eingesetzt wird, um die Hebelwirkung des EU-Haushalts zu verstärken. Ebenso wichtig ist es jedoch, dass die EU, nachdem sie einen flexibleren und vorgezogenen Einsatz der Strukturfonds für wirtschaftlich geschwächte Länder beschlossen hat, sofort einen Betrag in gleicher Höhe für Infrastrukturmaßnahmen mobilisiert. Eine solche außergewöhnliche Geste schafft ein Gegengewicht zur wachstumshemmenden Wirkung der derzeitigen Sparprogramme der Mitgliedsstaaten.

Ergänzend zu diesen haushaltspolitischen Maßnahmen muss sich die EU, und insbesondere die Europäische Investitionsbank (EIB), für die Emission von Anleihen zur Finanzierung von Zukunftsausgaben einsetzen, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Umweltschutz. Durch die Emission solcher EU-Anleihen kann der in Europa bestehende hohe Investitionsbedarf abgedeckt werden. Gleichzeitig können so die Ausgaben gerade in jenen Bereichen getätigt werden, die derzeit in zahlreichen Mitgliedstaaten von Sparmaßnahmen betroffen sind. Die EIB ist für die Emission solcher Anleihen gut geeignet und könnte durch eine Stärkung ihrer Kapitalgrundlage und Garantien der Mitgliedsstaaten ihre jährliche Finanzierungskapazität auf 200 Milliarden Euro ausbauen (im Vergleich zu 80 Milliarden heute).

Binnenmarkt, EU-Haushalt, europäische Anleihen: durch den gleichzeitigen Einsatz dieser drei Instrumente kann nahezu umgehend eine Zunahme der Wirtschaftstätigkeit in Form eines mittelfristigen endogenen Wachstums generiert werden. Dieses « Wachstumspaket » ist heute notwendiger als je zuvor, sowohl um die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer anhaltenden europäischen Konjunkturschwäche aufzufangen, als auch um die Legitimität der EU in den Augen ihrer Mitgliedsstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu stärken.